

Inhaltsübersicht

Vorwort der Herausgeber	V
Die Autorinnen und Autoren des Handbuchs	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	XI
Inhaltsverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literatur- und Zitierverzeichnis	LIII
 Einleitung	 1
 Kapitel 1. Gesundheitsaspekte bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses	
§ 1. Stellenausschreibung	15
§ 2. Fragerecht des Arbeitgebers	17
§ 3. Offenbarungspflichten des Bewerbers	24
§ 4. Untersuchungen	25
§ 5. Informationsbeschaffung bei Dritten/Internetrecherchen	29
§ 6. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	30
§ 7. Formulierungshilfen	33
 Kapitel 2. Sicherheit und Gesundheitsschutz im Arbeitsverhältnis	
§ 8. Institutionelle Grundlagen	35
§ 9. Grundlagen des betrieblichen Arbeitsschutzes nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)	46
§ 10. Grundlagen der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)	61
§ 11. Verordnungen und staatliche Regeln	76
§ 12. Inhalt der DGUV Vorschrift 2	152
§ 13. Arbeitszeitschutz	156
§ 14. Arbeitsschutz im Klimawandel	169
§ 15. Mutterschutz: Mutter und Kind – Gesundheit von Anfang an	181
§ 16. Kinder- und Jugendschutz	201
§ 17. Aufgaben, Beteiligungsrechte der Betriebs-/Personalräte	208
 Kapitel 3. Gestaltung von Arbeit und Gesundheit	
§ 18. Wandel der Arbeit	221
§ 19. Demografische Entwicklung	238
§ 20. Gefährdungsbeurteilung	266
§ 21. Arbeitszeitgestaltung	324
§ 22. Mobiles Arbeiten	341
§ 23. Betriebliches Gesundheitsmanagement und Betriebliches Arbeitsschutzmanagement	354
 Kapitel 4. Rechtlicher Kontext der Erkrankung von Beschäftigten	
§ 24. Arbeitsunfähigkeit und Behinderung infolge Krankheit	427
§ 25. Rechtspflichten infolge Krankheit	440
§ 26. Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	488
	 XV

Inhaltsübersicht

§ 27. Leidens- und behinderungsgerechte Beschäftigung 560
§ 28. Arbeitsunfähigkeit in besonderen Beschäftigungsverhältnissen 578
§ 29. Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche bei Krankheit 597
§ 30. Arbeitsunfähigkeit und Datenschutz 634
§ 31. Aufgaben, Beteiligungsrechte der Betriebs-/Personalräte im Krankheitsfall .. 643

Kapitel 5. Krankheitsbedingte Kündigung

§ 32. Ordentliche krankheitsbedingte Kündigung 649
§ 33. Außerordentliche Kündigung 681
§ 34. Besonderer Kündigungsschutz 691
§ 35. Anhörung des Betriebs-/Personalrats 715
§ 36. Kündigungsschutzprozess 724
§ 37. Exkurs: Aufhebungsvertrag 749

Sachverzeichnis 761

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	V
Die Autorinnen und Autoren des Handbuchs	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	XI
Inhaltsübersicht	XV
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literatur- und Zitierverzeichnis	LIII

Einleitung

I. Krankheit und Gesundheit – eine Schlüsselstelle in jedem Arbeits- verhältnis	1
II. Arbeitsrecht, Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz	3
1. Gesundheitsaspekte bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses (Kapitel 1)	3
2. Krankheitsbedingte Kündigung (Kapitel 5)	4
3. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit (Kapitel 2)	4
4. Gestaltung von Arbeit und Gesundheit (Kapitel 3) – Notwendigkeit eines umfassenden Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagements ...	10
5. Weitere rechtliche Folgen von Krankheit	12
6. Betriebliches Eingliederungsmanagement	13

Kapitel 1. Gesundheitsaspekte bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses

§ 1. Stellenausschreibung	15
§ 2. Fragerecht des Arbeitgebers	17
A. Rechtliche Grenzen des Fragerechts	17
I. Persönlichkeitsrechte des Bewerbers	17
II. Diskriminierungsverbot	18
III. Datenschutz	18
B. Fragen zur körperlichen und gesundheitlichen Eignung	19
I. Frage nach Krankheiten	19
II. Frage nach Behinderung	21
III. Frage nach Schwangerschaft	21
IV. Frage nach Alkohol- oder Drogenabhängigkeit	22
V. Frage nach genetischen Merkmalen	22
C. Rechtsfolgen bei Falschbeantwortung	23
I. Bei zulässigen Fragen	23
II. Bei unzulässigen Fragen	23
§ 3. Offenbarungspflichten des Bewerbers	24
§ 4. Untersuchungen	25
A. Gesundheitszeugnis	25
B. Einstellungsuntersuchung	26
I. Allgemein	26
II. Einzelfälle	26
1. Bluttests	26
2. Genomanalysen	27

Inhaltsverzeichnis

3. Psychologische Tests	27
4. Alkohol-/Drogentests	27
C. Kostentragung	28
§ 5. Informationsbeschaffung bei Dritten/Internetrecherchen	29
§ 6. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	30
A. Fragebögen	30
B. Auswahlrichtlinien	31
C. Stellenausschreibungen	32
§ 7. Formulierungshilfen	33
A. Auflösend bedingter Arbeitsvertrag	33
B. Aufschiebend bedingter Arbeitsvertrag	33
C. Einwilligungserklärung zur Einstellungsuntersuchung	33
D. Checkliste „zulässige Fragen“	33
Kapitel 2. Sicherheit und Gesundheitsschutz im Arbeitsverhältnis	
§ 8. Institutionelle Grundlagen	35
A. Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie	35
I. Gesetzlicher Handlungsauftrag	35
II. Gemeinsame Arbeitsschutzziele	36
III. Abgestimmtes und arbeitsteiliges Vorgehen von staatlichen Arbeitsschutzbehörden und Unfallversicherungsträgern	37
IV. Optimierung des Vorschriften- und Regelwerks	37
V. Strukturen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie	38
B. Aufgaben der Berufsgenossenschaften	39
I. Aufgaben und Tätigkeiten der Gesetzlichen Unfallversicherung im Überblick	39
II. Aufgaben der Gesetzlichen Unfallversicherung in Bezug auf Rehabilitation	40
III. Aufgaben der Gesetzlichen Unfallversicherung in Bezug auf Entschädigung	40
IV. Aufgaben der Berufsgenossenschaften im Hinblick auf Prävention ...	40
V. Weitere Aufgaben	41
C. Aufgaben von Bund und Ländern	42
I. Staatlicher Handlungsauftrag, Aufgaben und Instrumente	42
II. Aufgaben und Instrumente des Bundes	42
III. Aufgaben und Instrumente der Länder	43
1. Aufgabenumfang und Zuständigkeiten	43
2. Überwachung	44
3. Beratung	44
4. Antragsbearbeitung	45
5. Koordinierung der Vollzugsarbeit der Länder	45
§ 9. Grundlagen des betrieblichen Arbeitsschutzes nach dem Arbeitschutzgesetz (ArbSchG)	46
A. Verantwortung für den Arbeitsschutz im Betrieb	46
B. Sanktionen bei Verstößen gegen das Arbeitsschutzgesetz	47
C. Pflichten des Arbeitgebers im Hinblick auf die Durchführung des betrieb- lichen Arbeitsschutzes nach dem Arbeitsschutzgesetz	48
I. Grundpflichten	48
II. Aufbau einer Arbeitsschutzorganisation, Integration des Arbeitsschutzes im Betrieb	48

III. Beurteilung der Arbeitsbedingungen, Gefährdungsbeurteilung	49
IV. Definitionen: Maßnahmen des Arbeitsschutzes	51
V. Grundsätze des Arbeitsschutzes	51
VI. Wirksamkeitsüberprüfung	52
VII. Anpassung und Verbesserung	52
VIII. Prüfung der Befähigung der Beschäftigten	52
IX. Koordinierung, Zusammenarbeit, Vergabe von Aufträgen	53
X. Besondere Gefahren, Notfallmaßnahmen	54
XI. Arbeitsmedizinische Vorsorge	55
XII. Unterweisung	56
D. Rechte und Pflichten der Beschäftigten und ihrer betrieblichen Interessenvertretung	56
I. Rechte und Pflichten der einzelnen Beschäftigten	56
1. Rechte	57
2. Pflichten	57
3. Unterrichts- und Anhörungsrechte	58
4. Beschwerderecht	59
5. Entfernungsrecht	59
6. Vorschlagsrechte	59
II. Rechte und Aufgaben des Betriebs-/Personalrats	60
§ 10. Grundlagen der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)	61
A. Zweck und Zielsetzungen des Arbeitssicherheitsgesetzes	61
B. Anwendungsbereich	63
C. Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit	63
I. Allgemeines	63
II. Kriterien für die Bestellung, Alternative bedarfsorientierte Betreuung, Regelbetreuung	64
III. Pflichten des Arbeitgebers	64
D. Aufgaben der Betriebsärzte und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit	65
I. Gemeinsame Aufgaben	65
II. Betriebsärzte	68
III. Fachkräfte für Arbeitssicherheit	68
E. Anforderungen an Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit ...	69
F. Weisungsfreiheit, Benachteiligungsverbot	70
G. Kooperation im Rahmen der betrieblichen Arbeitsschutzorganisationen	70
I. Zusammenarbeit	70
II. Beteiligung und Mitbestimmung des Betriebs- bzw. Personalrats	71
III. Arbeitsschutzausschuss	73
H. Vollzug, Ordnungswidrigkeiten	74
§ 11. Verordnungen und staatliche Regeln	76
A. Arbeitsplatzgestaltung: Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) einschließlich Barrierefreiheit und Bildschirmarbeitsplätze	79
I. Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	79
1. Geltungsbereich der Arbeitsstättenverordnung	79
2. Arbeitsstätten	80
II. Untergesetzliches Regelwerk für die Praxis	80
1. Regeln für Arbeitsstätten	80
2. Vermutungswirkung von Arbeitsstättenregeln	82
3. Abweichen von den Arbeitsstättenregeln	82
III. Abweichen von der Arbeitsstättenverordnung	83

Inhaltsverzeichnis

IV. Menschengerechte Gestaltung der Arbeit in Arbeitsstätten	83
1. Barrierefreie Arbeitsstätten	83
2. Nichtraucherchutz in Gebäuden	84
3. Pausen- und Bereitschaftsräume	85
4. Sanitärräume	85
5. Beleuchtung	86
6. Raumtemperaturen in Gebäuden	87
7. Lüftung der Räume von Arbeitsstätten	88
8. Raumabmessungen und Bewegungsflächen	88
V. Besondere Schutzmaßnahmen in Arbeitsstätten	89
1. Maßnahmen des Brandschutzes	89
2. Erste Hilfe bei Unfällen	89
3. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung	90
VI. Bauliche Anforderungen an Arbeitsstätten	90
1. Verkehrswege	90
2. Fluchtwege und Notausgänge	91
3. Fenster, Oberlichter, Türen und Tore	92
VII. Instandhaltung und Reinigung der Arbeitsstätten	92
VIII. Bildschirmarbeitsplätze	92
1. Geltungsbereich	92
2. Arbeitsmedizinische Vorsorge	93
B. Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)	93
I. Arbeitsmittel	93
II. Überwachungsbedürftige Anlagen	95
C. Stäube – Gase – Dämpfe – Gefahrstoffe am Arbeitsplatz: Gefahrstoffver- ordnung (GefStoffV)	98
I. Allgemeines	98
II. Tätigkeiten mit Gefahrstoffen	98
III. Überblick über die Regelungsinhalte der Gefahrstoffverordnung	99
1. Anwendungsbereich	99
2. Gefährdungsbeurteilung	99
3. Anforderungen an den Arbeitgeber	100
IV. Hilfestellung für die Praxis – Konkretisierung der Gefahrstoffverordnung durch Technische Regeln für Gefahrstoffe (TRGS)	102
D. Gefährdungen durch Krankheitserreger bei der Arbeit: Biostoffverord- nung (BioStoffV)	103
I. Allgemeines	103
II. Tätigkeiten mit Biostoffen	104
III. Überblick über die Regelungsinhalte der Biostoffverordnung	104
1. Anwendungsbereich	104
2. Gefährdungsbeurteilung	105
3. Anforderungen an den Arbeitgeber	106
IV. Hilfestellung für die Praxis – Konkretisierung der Biostoffverordnung durch Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe (TRBA)	108
E. Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch künstliche optische Strahlung (OStrV)	109
I. Einleitung	109
II. Biologische Wirkungen von künstlicher optischer Strahlung	109
III. Die Verordnung im Überblick	110
IV. Anwendungsbereich der OStrV	110
V. Begriffsbestimmungen	111
VI. Gefährdungsbeurteilung	111

VII. Messungen und Berechnungen	112
VIII. Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung der Gefährdungen von Beschäftigten durch künstliche optische Strahlung	113
IX. Kennzeichnung der Arbeitsbereiche mit hoher Gefährdung	113
X. Fachkunde	114
XI. Expositionsgrenzwerte für künstliche optische Strahlung	114
XII. Messungen und Berechnungen	114
XIII. Laserschutzbeauftragte	115
XIV. Unterweisung der Beschäftigten	115
XV. Beratung durch den Ausschuss für Betriebssicherheit	115
XVI. Ausnahmen von der Verordnung	115
F. Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch Lärm und Vibrationen (Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung – LärmVibrationsArbSchV)	116
I. Einleitung	116
II. Wirkung von Lärmexposition	117
III. Wirkung von Vibrationsexposition	117
IV. Anwendungsbereich	117
V. Begriffsbestimmungen	118
VI. Gefährdungsbeurteilung	118
VII. Auslöse- und Expositionsgrenzwerte für Lärm	119
VIII. Auslöse- und Expositionsgrenzwerte für Vibrationen	120
IX. Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung der Gefährdungen von Beschäftigten durch Lärm und Vibrationen	120
X. Messungen und Berechnungen	120
XI. Unterweisung der Beschäftigten	121
XII. Beratung durch den Ausschuss für Betriebssicherheit	121
XIII. Ausnahmen von der Verordnung	121
G. Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch elek- tromagnetische Felder (EMFV)	121
I. Einleitung	121
II. Wirkungen von elektromagnetischen Feldern	122
III. Anwendungsbereich der EMFV	122
IV. Begriffsbestimmungen	123
V. Gefährdungsbeurteilung	124
VI. Messungen und Berechnungen	125
VII. Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung der Gefährdungen von Beschäftigten durch elektromagnetische Felder	125
VIII. Kennzeichnung der Arbeitsbereiche mit hoher Gefährdung	126
IX. Fachkunde	127
X. Expositionsgrenzwerte und Auslöseschwellen für elektromagnetische Felder	127
XI. Unterweisung der Beschäftigten	127
XII. Beratung durch den Ausschuss für Betriebssicherheit	127
XIII. Ausnahmen von der Verordnung	128
H. Arbeitsschutz bei Bauarbeiten planen und koordinieren: Baustellenver- ordnung (BaustellV)	128
I. Vorbemerkungen	128
II. Die Baustellenverordnung	129
1. Koordinierung	129
2. Weitere Bestimmungen der BaustellV	132

Inhaltsverzeichnis

I. Manuelle Handhabung von Lasten bei der Arbeit: Lastenhandhabungsverordnung (LasthandhabV)	133
I. Allgemeines	133
II. Rechtsgrundlagen	134
III. Zielsetzung	134
IV. Sachlicher Anwendungsbereich	135
V. Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	135
1. Rangfolge von Schutzmaßnahmen	135
2. Beurteilung der Arbeitsbedingungen	135
3. Beurteilungsmerkmale des Anhangs der LasthandhabV	136
4. Arbeitsschutzmaßnahmen zur Verringerung der Gefährdung	136
5. Dokumentation der Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung	137
6. Übertragung von Aufgaben; arbeitsmedizinische Vorsorge	137
7. Unterweisung der Beschäftigten	137
J. Arbeitsmedizinische Prävention und Vorsorge (ArbMedVV)	138
I. Arbeitsmedizin im Betrieb	138
II. Arbeitsmedizinische Vorsorge	139
1. Allgemeines	139
2. Allgemeines zur arbeitsmedizinischen Vorsorge	140
3. Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	140
4. Pflichten des Arbeitgebers: Vorsorgemaßnahmen nach ArbMedVV	141
5. Ärztliche Pflichten und Anforderungen bei der arbeitsmedizinischen Vorsorge	142
6. Anforderungen an den Arzt	144
7. Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	144
8. Vorsorgeanlässe (Anhang zur ArbMedVV); genetische Untersuchungen	144
K. Persönliche Schutzausrüstung: PSA-Benutzungsverordnung (PSA-BV) ..	145
I. Allgemeines	145
II. Zielsetzung	146
III. Beschaffenheitsanforderungen	147
IV. Sachlicher Anwendungsbereich	147
V. Geltung für alle Tätigkeitsbereiche, persönlicher Anwendungsbereich	147
VI. Anforderungen zu Auswahl und Bereitstellung von PSA	148
VII. Unterweisung	151
§ 12. Inhalt der DGUV Vorschrift 2	152
A. Allgemeines	152
B. Betreuungsmodelle	154
C. Bericht	155
§ 13. Arbeitszeitschutz	156
A. Gesetzliche Arbeitszeitregelungen	156
I. Regelungsgegenstand	156
II. Verhältnis zu privatrechtlichen Vereinbarungen	157
III. Übersicht über die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen	158
IV. Zweckbestimmungen des Arbeitszeitgesetzes	159
1. Sicherheit und Gesundheitsschutz	159
2. Ermöglichung flexibler Arbeitszeiten	160
3. Sonn- und Feiertagsschutz	160
V. Europarechtlicher Rahmen	160

B. Was ist Arbeitszeit?	161
I. Definition Arbeitszeit	161
II. Wegezeiten	162
III. Dienstreisen	162
IV. Dusch- und Umziehzeiten	162
V. Betriebsrätstätigkeit	163
VI. Arbeitsbereitschaft	163
VII. Bereitschaftsdienst	163
VIII. Rufbereitschaft	164
C. Zentrale Regelungen des Arbeitszeitgesetzes	164
I. Höchstarbeitszeiten	164
II. Ruhepausen	165
III. Ruhezeiten	165
IV. Nacht- und Schichtarbeit	166
V. Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	166
VI. Abweichungsmöglichkeiten	167
VII. Ausnahmeregelungen	168
VIII. Aufzeichnungspflicht	168
§ 14. Arbeitsschutz im Klimawandel	169
A. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten des Klimawandels	169
B. Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitswelt	170
C. Arbeitsschutzakteure im Kontext des Klimawandels	171
I. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	171
II. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)	171
III. Unfallversicherungsträger (UVT)	172
IV. Weitere Akteure	172
D. Sommerliche Hitzeperioden – Auswirkungen für Innenräume und Arbeitsplätze im Freien	173
I. Gesundheitliche Folgen und Leistungsminderung	173
II. Anforderung der Regelsetzung	174
III. Maßnahmen des Arbeitsschutzes und Hitzeaktionspläne	174
E. Belastung durch natürliche UV-Strahlung bei Außenbeschäftigung	175
I. Akute und langfristige gesundheitliche Folgen	175
II. Gesetzliche Anforderungen	176
III. Maßnahmen des Arbeitsschutzes	177
F. Gefährdung durch Vektor-übertragene Infektionskrankheiten	178
I. Vektoren und Erreger	178
II. Anforderungen der Regelsetzung	179
III. TOP-Maßnahmen des Arbeitsschutzes	180
G. Fazit und Ausblick	180
§ 15. Mutterschutz: Mutter und Kind – Gesundheit von Anfang an	181
A. Gesetzliche Regelungen und Ziele des Mutterschutzes	181
B. Anwendungsbereich des MuSchG	182
C. Betrieblicher Mutterschutz und Gestaltung des Arbeitsplatzes	184
I. Mutterschutz als Teil der Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG	184
II. Festlegung von Schutzmaßnahmen	185
III. Die unverantwortbare Gefährdung	187
IV. Konkrete Gefährdungsfaktoren nach §§ 11, 12 MuSchG	188
V. Andere Gefährdungen	189

Inhaltsverzeichnis

D. Ärztlicher Gesundheitsschutz und individuelle Beschäftigungsverbote ...	189
I. Das ärztliche Beschäftigungsverbot während der Schwangerschaft, § 16 Abs. 1 MuSchG	189
II. Das ärztliche Beschäftigungsverbot nach der Entbindung, § 16 Abs. 2 MuSchG	190
E. Schutzfristen vor und nach der Entbindung	191
I. Schutzfrist vor der Entbindung, § 3 Abs. 1 MuSchG	191
II. Schutzfrist nach der Entbindung, § 3 Abs. 2 MuSchG	192
III. Sondervorschriften für Schülerinnen und Studentinnen, § 3 Abs. 3 MuSchG	193
IV. Schutzfrist nach dem Tod des Kindes, § 3 Abs. 4 MuSchG	193
F. Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz und Arbeitszeitgestaltung	194
I. Zulässige Beschäftigungszeiten	194
1. Beschäftigung von 20.00 bis 22.00 Uhr	194
2. Beschäftigung nach 22.00 Uhr	195
II. Dauer der zulässigen Arbeits- und Ruhezeiten	195
III. Zulässige Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	196
IV. Freistellungen während der Arbeitszeit	196
V. Erholungsurlaub	197
G. Informationspflichten der Frau und des Arbeitgebers	197
H. Besonderer Kündigungsschutz	198
I. Finanzielle Absicherung	199
I. Mutterschaftsgeld	199
II. Absicherung bei Beschäftigungsverboten	199
J. Ausschuss für Mutterschutz	200
K. Evaluationsbericht über die Auswirkungen des MuSchG	200
§ 16. Kinder- und Jugendschutz	201
A. Jugendarbeitsschutzgesetz	201
B. Zentrale Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes	202
I. Geltungsbereich	202
II. Beschäftigung von Kindern und vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen	202
III. Beschäftigung von Kindern im Kultur- und Medienbereich	202
IV. Arbeitszeit von Jugendlichen, Aufzeichnungspflicht	203
V. Beschäftigungsverbot und Anrechnungsregel an Berufsschultagen ...	203
VI. Ruhepausen	204
VII. Schichtzeiten	204
VIII. Nachtruhe	204
IX. Grundsatz der Fünf-Tage-Woche	205
X. Samstagsruhe	205
XI. Sonntagsruhe	205
XII. Urlaub	205
XIII. Beschäftigungsverbote und -beschränkungen	206
XIV. Beurteilung der Arbeitsbedingungen/Unterweisung	206
XV. Aushang über Arbeitszeit und Ruhepausen, Verzeichnisse	206
XVI. Ärztliche Untersuchungen	207
§ 17. Aufgaben, Beteiligungsrechte der Betriebs-/Personalräte	208
A. Allgemeines	208
B. Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	209
I. Allgemeine Aufgaben	209
II. Mitbestimmungsrechte	210
1. Grundlagen	210

2. Rahmenvorschriften	211
3. Generalklauseln	211
4. Gefährdungsbeurteilung und Unterweisung	212
5. Weitere Einzelfälle	213
6. Initiativrecht	214
7. § 91 BetrVG – Gestaltung der Arbeit	215
III. Freiwillige Vereinbarungen	215
IV. Überwachung, Unterstützung und Hinzuziehung	216
V. Beteiligungsrechte außerhalb der Betriebsverfassung	217
C. Beteiligung und Mitbestimmung des Personalrats	218
I. Allgemeine Aufgaben	218
II. Mitbestimmungsrechte	219
1. Maßnahmen zur Verhütung von Gesundheitsschädigungen	219
2. Gestaltung der Arbeitsplätze	220
3. Sonstige Regelungen	220
 Kapitel 3. Gestaltung von Arbeit und Gesundheit	
§ 18. Wandel der Arbeit	221
A. Chancen und Risiken durch zunehmende flexible Anforderungen an Betriebe und Mitarbeiter	222
I. Moderne Arbeits(welt)gestaltung	222
II. Teilzeit und Befristungen	224
III. Arbeitnehmerüberlassung/Zeitarbeit	226
B. Flankierung von Restrukturierungsprozessen	227
I. Erkenntnisse zur Auswirkung von Restrukturierungsprozessen	227
II. Risiken der Restrukturierung	228
III. Zusammenhang zu steigenden Anforderungen (Vielzahl gleichzeitiger Veränderungen)	229
IV. Prävention: Qualifizierung; Änderungsfähigkeiten	230
V. Kommunikation und Unterstützung	231
C. Die Rolle der Führungskräfte	232
I. Stellung von Führungskräften	232
II. Neue Anforderungen an Führungskräfte	232
III. Gesundheitsgerechte Führung	234
IV. Anforderungen an die Gestaltung der Arbeit von Führungskräften ..	236
§ 19. Demografische Entwicklung	238
A. Zusammenhänge von Arbeit, Gesundheit und Erwerbsteilhabe bei älteren Beschäftigten	239
I. Einleitung	240
II. Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Erwerbsteilhabe älterer Beschäftigter	243
1. Arbeitsbedingungen und Alter	244
2. Effekte von Arbeitsbedingungen auf die Erwerbsteilhabe bei Älteren (Pfad 1)	244
3. Effekte von Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit bei Älteren (Pfad 2)	245
4. Effekte von Gesundheit auf die Erwerbsteilhabe bei Älteren (Pfad 3)	245
III. Diskussion	246
B. Alternsgerechte Arbeitsgestaltung	247
I. Begriffsbestimmung	248

II. Handlungsfelder	249
1. Arbeitsorganisation und Arbeitsumgebung	250
2. Arbeitsintegriertes Lernen	250
3. Führung und soziale Unterstützung	251
4. Unternehmens- und Personalstrategien	251
III. Instrumente	252
1. Altersstrukturanalyse	253
2. Qualifizierungsbedarfsanalyse	253
3. Alter(n)sgerechte Gefährdungsbeurteilung	253
4. Diversity Management	253
5. Work Ability Index (WAI)	254
C. Demografietarifverträge	254
I. Allgemeines zu Demografietarifverträgen	254
1. Allgemeines zu Tarifverträgen	254
2. Begriffliches zu Demografie-TV	254
3. Die Spannbreite potenzieller Regelungen	255
4. Regelungsmodelle in der Tarifpraxis	256
5. Beispiele aus der Tarifpraxis	256
II. Typische Regelungen in Demografie-TV und rechtliche Probleme ..	257
1. Bereitstellung von Mitteln – Demografiefonds	257
2. Demografieanalyse	258
3. Spezielle Arbeitszeitmodelle – Arbeitszeitreduzierung	259
4. Langzeitkonten – Wertguthaben	261
5. Altersteilzeit	263
6. Belastungskompensationen	264
7. Öffnungsklauseln für die Betriebsparteien und der Tarifvorbehalt des § 77 Abs. 3 BetrVG bzw. der Tarifvorrang des § 87 Abs. 1 BetrVG	264
8. Betriebliche Altersversorgung	264
9. Teilrente	265
§ 20. Gefährdungsbeurteilung	266
A. Vorgehensweise und Methoden	267
I. Ziel der Gefährdungsbeurteilung	267
II. Rechtsgrundlagen	267
III. Anlässe zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen	268
IV. Verantwortliche und Mitwirkende	268
V. Gefährdungsfaktoren	268
VI. Zu berücksichtigende Betriebszustände	269
VII. Besonders zu berücksichtigende Personengruppen	269
VIII. Ablauf der Gefährdungsbeurteilung	269
1. Arbeitsschritte	269
2. Schritt 1: Präzisieren der Aufgabenstellung	271
3. Schritt 2: Gefährdungen ermitteln	271
4. Schritt 3: Gefährdungen beurteilen	272
5. Schritte 4 und 5: Maßnahmen festlegen und umsetzen	273
6. Schritt 6: Wirksamkeitskontrolle	274
7. Schritt 7: Ergebnisse dokumentieren	274
B. Psychische Belastung	274
I. Merkmale gut gestalteter Arbeit	274
1. Menschengerechte Arbeitsgestaltung	275
2. Bewertungskriterien menschengerechter Arbeit	278
3. Resümee	284

II. Berücksichtigung psychischer Belastung in der Gefährdungsbeurteilung	285
1. Einleitung	286
2. Rechtliche Grundlagen	286
3. Gefährdungen durch psychische Belastung	288
4. Empfehlungen zur Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung	290
5. Herausforderungen in der betrieblichen Praxis	291
III. Arbeit und kognitive Leistungsfähigkeit	292
1. Kognitive Anforderungen und Wandel der Arbeit	293
2. Kognitive Leistungsfähigkeit der Beschäftigten – wodurch wird sie beeinflusst?	295
3. Erhalt und Förderung der kognitiven Leistungsfähigkeit – was können Unternehmen tun?	297
C. Physische Arbeitsbelastungen	298
I. Allgemeines	299
II. Grundpflichten und Grundsätze	301
III. Beurteilung von Gefährdungen	304
1. Allgemeine Beurteilung, Risikokonzept und Beurteilungsverfahren	304
2. Spezielle und besondere Beurteilungen	309
IV. Festlegung und Durchführung von Maßnahmen	312
1. Maßnahmen zur Vermeidung von Gefährdungen	313
2. Maßnahmen zur Minimierung von verbleibenden Gefährdungen	316
3. Übertragung von Aufgaben	320
4. Maßnahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge	320
5. Unterweisung und arbeitsmedizinische Beratung	321
§ 21. Arbeitszeitgestaltung	324
A. Arbeitszeit und Arbeitsschutz	325
B. Aspekte der Arbeitszeitgestaltung im Zusammenhang mit Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden von Beschäftigten	326
I. Länge der Arbeitszeit	326
II. Lage der Arbeitszeit	329
1. Wochenendarbeit	330
2. Schichtarbeit, Nachtarbeit und Dauernachtarbeit	331
III. Flexibilität der Arbeitszeit	332
1. Betriebsbezogene Flexibilität: Flexibilitätsanforderungen und Erreichbarkeit	332
2. Beschäftigtenorientierte Flexibilität: Flexibilitätsmöglichkeiten ...	333
IV. Zeit für Erholung: Ruhepausen und Ruhezeiten	334
1. Ruhepausen	335
2. Ruhezeiten	336
V. Arbeitszeiterfassung	338
VI. Arbeitszeitgestaltung in der Gefährdungsbeurteilung	339
C. Fazit	340
§ 22. Mobiles Arbeiten	341
A. Mobiles Arbeiten im Wandel	342
B. Definition und verschiedene Formen des mobilen Arbeitens und deren Verbreitung	342
I. Definition verschiedener Formen des mobilen Arbeitens	343
II. Verbreitung von Formen des mobilen Arbeitens	343
C. Chancen und Risiken des mobilen Arbeitens	345

Inhaltsverzeichnis

D. Regelungen und Herausforderungen für den Arbeitsschutz beim mobilen Arbeiten 348

E. Gesundheitsförderliche Gestaltung mobilen Arbeitens 350

F. Zusammenfassung und Fazit 353

§ 23. Betriebliches Gesundheitsmanagement und Betriebliches Arbeitsschutzmanagement 354

A. Betriebliches Gesundheitsmanagement 355

 I. BGM als Bestandteil einer gesundheitsorientierten Unternehmenspolitik 356

 II. Rahmenbedingungen für BGM 357

 III. Ablauf von BGM-Prozessen 358

 1. Formulierung von (Grob)Zielen 358

 2. Analyse/Indikatorenbildung 358

 3. Ableitung und Durchführung von Maßnahmen 358

 4. Evaluation 358

 5. Kosten-Nutzen-Analysen 359

 IV. Verbreitung und aktuelle Themen des BGM 359

 1. Verbreitung 359

 2. Themenschwerpunkte 360

 3. Digitalisierung und BGM 360

 4. Planetary Health und BGM 361

 V. Netzwerke und Anbieter von BGM-Maßnahmen 361

B. Arbeitsschutzmanagement 362

 I. Allgemeines 362

 II. Ziele, Motive und Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Arbeitsschutzmanagementkonzepten 363

 III. Ziele und Inhalte eines AMS 364

 IV. Erfahrungen aus betrieblichen Umsetzungen 366

C. Betriebliche Gesundheitsförderung (§§ 20b und 20c SGB V) 366

 I. Gesetzliche Grundlage, Definition und ökonomische Dimension ... 366

 1. Entwicklungen in der Prävention der letzten 21 Jahre 366

 2. Die Rolle der GKV in der Prävention 368

 3. Aufgabenfeld der gesetzlichen Krankenkassen 368

 4. Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Unfallversicherungen 370

 II. Zentrale Strategie der Krankenkassen im Rahmen der betrieblichen Gesundheitspolitik 372

 III. Aufgaben und Praxisfelder 373

 1. Aufbau des systemischen Prozesses in Unternehmen sowie in Pflegeeinrichtungen: In 5 Schritten zum Gesundheitsmanagement 373

 2. Kriterien guter Praxis 377

 IV. Primäre Prävention durch Schutzimpfungen (§ 20i SGB V) 378

 1. Schutzimpfungen werden durch § 20i SGB V gestärkt 378

 2. Impfung und gezielte Impfkationen 379

 3. Impfkationen in Betrieben 379

 4. Impfung in betriebsärztlichen Untersuchungen 380

D. Steuerrechtliche Aspekte betrieblicher Gesundheitsförderung 380

 I. Ausgangslage 380

 II. Arbeitgebersicht 381

 1. Betriebsausgabe 381

 2. Einordnung gesundheitsfördernder Maßnahmen 381

III. Arbeitnehmersicht	382
1. Betriebliche Leistungen auch im Arbeitnehmerinteresse	382
2. Arbeitslohn	382
IV. Steuerrechtliche Behandlung	384
1. Pauschalversteuerung (§ 37b EStG)	384
2. Freigrenzenregelung (§ 8 Abs. 2 S. 11 EStG)	384
3. Steuerbefreiungsregelung für Weiterbildungsmaßnahmen (§ 3 Nr. 19 EStG)	385
4. Freibetragsregelung (§ 3 Nr. 34 EStG)	385
5. Lohnsteuerverfahren	390
V. Handlungsbedarf und Konsequenzen	391
1. Planung	391
2. Beteiligung	392
3. Dokumentation	392
VI. Resümee	392
E. Gesundheits- und Arbeitsschutzmanagement in einer Pandemie	392
I. Einführung	393
1. Biostoffe als Auslöser von Pandemien	393
2. Risikogruppenzuordnung	393
3. Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit Biostoffen	394
4. Schnittstelle Arbeitsschutz – Bevölkerungsschutz	395
5. Pandemieplan und Rolle des Arbeitgebers	396
II. Entstehung und rechtliche Einordnung der SARS-CoV-2- Arbeitsschutzregel in der Pandemie (Vorgehen, Erfahrungen)	397
1. Beratende Ausschüsse beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Arbeitsweise, Stellenwert des Regelwerks	397
2. SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, SARS-CoV-2 Arbeitsschutzverordnung und -regel	399
3. Inhalte der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel	401
4. Regelanpassung an das veränderte Infektionsgeschehen, Überleitung in die SARS-CoV-2 Handlungsanleitung	401
III. Rolle von Homeoffice als Maßnahme für Tätigkeiten in der Pandemie	402
IV. Arbeits- und arbeitsrechtliche Fragestellungen in einer Pandemie ...	404
1. Wechselseitige Schutzpflichten	404
2. Arbeitspflicht und Vergütungsanspruch	406
3. Handlungsoptionen des Arbeitgebers	409
4. Checklisten	417
V. Besonders schutzbedürftige Personen	418
VI. Ausblick	422
1. Offene Forschungsfragen an der Schnittstelle zum Infektionsschutz	422
2. Hinweise auf offene fachspezifische und rechtliche Aspekte zu Infektionsschutzmaßnahmen im Arbeitsschutz	425

Kapitel 4. Rechtlicher Kontext der Erkrankung von Beschäftigten

§ 24. Arbeitsunfähigkeit und Behinderung infolge Krankheit	427
A. Krankheit – Arbeitsunfähigkeit – Behinderung	427
I. Krankheit	428
II. Arbeitsunfähigkeit	428
1. Allgemeine Begriffsbestimmung	428
2. Arbeitsunfähigkeit und Krankheit	430
3. Arbeitsunfähigkeit und Entgeltfortzahlungsanspruch	430

III. Behinderung	432
1. UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)	432
2. Gleichbehandlungsrichtlinie (RL 2000/78/EG)	433
3. Begriffsbestimmung im deutschen Recht	435
B. Arbeitsunfähigkeit und vertraglich geschuldete Arbeitsleistung	436
I. Individuelle Leistungsfähigkeit	436
II. Vertraglich geschuldete Arbeitsleistung und Weisungsrecht des Arbeitgebers (§ 106 S. 1 GewO, § 315 BGB)	437
III. Beurteilung der Arbeitsfähigkeit anhand der zuletzt ausgeübten Tätigkeit	437
C. Teilarbeitsfähigkeit und Teilarbeitsunfähigkeit	438
I. Keine Verpflichtung zur Annahme und zur Erbringung von Teilleistungen (§ 266 BGB)	438
II. Eingeschränkte Leistungsfähigkeit und Direktionsrecht des Arbeitgebers	439
§ 25. Rechtspflichten infolge Krankheit	440
A. Pflichten des Arbeitnehmers	441
I. Anzeige der Arbeitsunfähigkeit (§ 5 Abs. 1 S. 1 EFZG)	441
1. Allgemeines	441
2. Inhalt der Mitteilung	441
3. Zeitpunkt und Form	442
4. Adressat	443
5. Kosten der Mitteilung	443
II. Nachweis- bzw. Feststellungspflicht gem. §§ 5 Abs. 1 S. 2, Abs. 1a EFZG	444
1. Die obligatorische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	444
2. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	444
3. Zeitpunkt für die ärztliche Feststellung	444
4. Frühere Feststellung auf besonderes Verlangen des Arbeitgebers ..	445
5. Inhalt der ärztlichen Feststellung	446
6. Form der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	447
7. Nachweis und Mitteilung bei Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit ..	448
8. Zum Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	448
III. Mitteilungs- und Nachweispflichten bei Auslandsaufenthalt (§ 5 Abs. 2 EFZG)	449
1. Mitteilungspflichten	449
2. Nachweispflichten	451
3. Fortdauer der Krankheit bei Auslandsaufenthalt	451
4. Mitteilungspflichten bei Rückkehr aus dem Ausland	452
IV. Tarifvertragliche und arbeitsvertragliche Anzeige- und Nachweispflichten	452
V. Rechtsfolgen bei Verletzung der Pflichten aus § 5 EFZG	452
VI. Rückmeldepflicht	454
VII. Pflicht zu gesundheitsförderndem Verhalten	454
B. Pflichten des Arbeitgebers	455
I. Entgeltfortzahlung	455
1. Anwendungsbereich und Normzweck	455
2. Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit	456
3. Kausalität	457
4. Unverschuldete Arbeitsunfähigkeit	458
5. Darlegungs- und Beweislast bei verschuldeter Arbeitsunfähigkeit .	461
6. Beginn	462
7. Dauer	462

8. Ende	463
9. Mehrfache Arbeitsunfähigkeit	463
10. Darlegungs- und Beweislast	465
11. Höhe des Anspruchs	466
II. Tarifvertragliche Regelungen	471
1. Unabdingbarkeit und tariflicher Gestaltungsspielraum	471
2. Regelungen in der Praxis	472
III. Erstattungsansprüche/Forderungsübergang	473
IV. Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	475
1. Verletzung der Nachweispflicht nach § 5 EFZG	475
2. Verhinderung des Forderungsübergangs nach § 6 EFZG	476
3. Schuldhafte Pflichtverletzung	476
V. Sonderzuwendungen	477
1. Kürzung von Sonderzuwendungen	477
2. Begriff der Sondervergütungen	477
3. Kürzungsvereinbarung	480
4. Krankheitsbedingte Fehlzeiten	480
5. Kürzungsgrenzen	481
6. Überschreitung der Kürzungsgrenzen	482
VI. Urlaub, Urlaubsabgeltung	483
1. Krankheit im Urlaub	483
2. Nachweis der Arbeitsunfähigkeit	484
3. Rechtsfolgen	484
4. Befristung des Urlaubsanspruchs	485
VII. Urlaubsabgeltungsanspruch	487
§ 26. Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	488
A. Einführung	490
I. Gesetzliche Regelung	490
II. Die gesetzliche Definition (§ 167 Abs. 2 S. 1 SGB IX)	491
III. Ziele des BEM	491
IV. Reform	492
V. Verhältnis von Betrieblichem Eingliederungsmanagement (BEM), Arbeitsschutz und Betrieblichem Gesundheitsmanagement (BGM) ..	492
B. Sozialversicherungsrechtliche Förderung	493
I. Einleitung	493
II. Förderung durch die Rehabilitationsträger und Integrationsämter ...	493
III. Förderung durch die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung ..	494
IV. Förderung durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ...	495
V. Förderungsfähige Maßnahmen	495
VI. Zusammenfassung	496
C. Voraussetzungen eines BEM	496
I. Aufgabenzuweisung an den „Arbeitgeber“	496
1. Privatrechtliche Arbeitgeber	496
2. Keine Sonderregelung für Kleinbetriebe	496
3. Öffentlicher Dienst/Gerichte	497
4. Rechtspflicht des Arbeitgebers	497
II. Angebot an „Beschäftigte“	497
1. Beschäftigtenbegriff	497
2. Neu eingestellte Beschäftigte	498
III. Entstehung der BEM-Verpflichtung	498
1. Voraussetzungen	498
2. Arbeitsunfähigkeit	498

Inhaltsverzeichnis

3. 6-Wochen-Zeitraum	498
4. Jahreszeitraum	499
5. Wiederholte Angebotspflicht	500
IV. Ausnahmen von der BEM-Pflicht	500
1. Ausnahmen	500
2. Keine Ausnahmen	501
V. Rechtsfolgen von Verstößen gegen die BEM-Verpflichtung	502
1. Heilungsmöglichkeit durch Integrationsamt?	502
2. Keine Kündigungssperre	503
3. Individualansprüche des Betroffenen?	503
D. Die Einleitung eines BEM	504
I. Initiative	504
II. Das Zustimmungersuchen	505
1. Die Hinweispflichten	505
2. Die Beteiligten	510
III. Zeitpunkt der BEM-Einleitung	510
IV. Dokumentation	510
V. Checkliste: Einleitung eines BEM	511
E. Rechtsrahmen für den BEM-Prozess	511
I. Gesetzliche Vorgaben	511
II. Ausgestaltung durch die Rechtsprechung	512
1. Mindeststandard	512
2. Prüfungspunkte	512
3. Standardmaßnahmen	513
III. Das BEM-Gremium	513
1. Pflichtmitglieder	513
2. Fallabhängige Pflichtmitglieder	514
3. Weitere Fachstellen	515
IV. Rechte des Betroffenen im Klärungsverfahren	515
1. Aktive Mitwirkung	515
2. Abbruch	515
3. Einschränkung der Zustimmung	516
V. Arbeitsrechtliche Vorgaben	516
1. Anspruch auf behinderungsgerechte Beschäftigung	516
2. Anspruch auf leistungsgerechte Beschäftigung	516
VI. Umsetzung der BEM-Ergebnisse	517
VII. Organisatorische Handhabung	517
VIII. Beendigung eines BEM	518
IX. Checkliste	519
F. Praktische Durchführung eines BEM-Klärungsprozesses	520
I. Durchführung des BEM in der unternehmerischen Praxis	520
1. Handlungsschritte zur Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements im Unternehmen	520
2. Praktische Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements in der betrieblichen Routine: In sieben Schritten zum Erfolg	523
3. Praxisbeispiele	526
4. Weiterführende Informationen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement	528
II. Das BEM aus der Sicht des Betriebsarztes – Das Profilvergleichsverfahren PVV	529
1. Die Ausgangssituation	529
2. Die Entwicklung des IT-Systems zum Profilvergleichsverfahren ..	530

3. Das Profilvergleichsverfahren im Einzelnen	530
4. Besonderheiten bei Schwerbehinderten	536
5. Die praktische Durchführung des BEM-Mitarbeitergesprächs ...	537
G. BEM und Datenschutz	538
I. Grundsätzliches: Datenerhebung im BEM	539
II. Rechtfertigung der Datenerhebung bei der Durchführung des BEM	540
1. Gesetzliche Grundlage für Grunddaten	540
2. Individualrechtlich mittels Einwilligung für weitere Daten	540
3. Kollektivrechtlich mittels Betriebsvereinbarung	542
III. Der Datenschutz beim BEM im Hinblick auf die	
Personalaktenführung	543
IV. Unzulässigkeit einer zweckfremden Verwertung der im BEM	
gewonnenen Daten	545
V. Kollektivrechtliche Aspekte	546
1. Weitergabe der Namen der vom BEM betroffenen Arbeitnehmer	
an den Betriebsrat	547
2. Anderweitige Weitergabeberechtigung	549
H. Aufgaben der Interessenvertretungen	550
I. Überblick	550
II. Schwerbehindertenvertretung	551
III. Betriebs- und Personalrat	554
IV. Exkurs: Kirchliche Einrichtungen	556
V. Inklusionsvereinbarung/Betriebs- und Dienstvereinbarung	557
VI. Praktische Hinweise	558
§ 27. Leidens- und behinderungsgerechte Beschäftigung	560
A. Leidensgerechte Beschäftigung – Gebot der Rücksichtnahme	560
I. Anspruch auf anderweitige vertragsgerechte Beschäftigung	561
II. Anspruchsvoraussetzungen	561
1. Beschäftigungsverlangen des Arbeitnehmers	561
2. Zumutbarkeit und rechtliche Möglichkeit der leidensgerechten	
Beschäftigung	562
III. Ansprüche des Arbeitnehmers bei Unterlassen einer leidensgerechten	
Beschäftigung	563
1. Anspruch auf Vergütung wegen Annahmeverzug	563
2. Schadensersatzanspruch wegen unterlassener leidensgerechter	
Beschäftigung	564
IV. Darlegungs- und Beweislast	564
B. Anspruch auf behinderungsgerechte Beschäftigung	565
I. Unionsrechtliche Vorgaben	565
1. Verpflichtung des Arbeitgebers zu angemessenen Vorkehrungen .	566
2. Diskriminierung durch Unterlassen angemessener Vorkehrungen	567
II. Ausgestaltung des Beschäftigungsanspruchs schwerbehinderter und	
gleichgestellter Arbeitnehmer im nationalen Recht	568
1. Anspruch auf anderweitige vertragsgemäße Beschäftigung	568
2. Anspruch auf vertragsfremde Beschäftigung	568
3. Anspruch auf Umgestaltung der Arbeitsorganisation und des	
Arbeitsplatzes	569
4. Kein absoluter Beschäftigungsanspruch	569
5. Beschäftigungsverlangen des Arbeitnehmers	570
6. Gerichtliche Durchsetzung	570
7. Darlegungs- und Beweislast	571

Inhaltsverzeichnis

III. Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung	572
1. Anspruchsvoraussetzungen	572
2. Verringerungsverlangen des Arbeitnehmers	572
3. Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs	572
IV. Beschäftigungsanspruch von Arbeitnehmern mit sog. Einfachbehinderung	573
V. Annahmeverzugs- und Schadensersatzansprüche bei unterlassener behinderungsgerechter (Teilzeit-)Beschäftigung	573
C. Stufenweise Wiedereingliederung	574
I. Wiedereingliederungsplan (§ 74 SGB V) und Förderung der Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen (§ 44 SGB IX)	574
II. Wiedereingliederungsverhältnis – Vertragsverhältnis eigener Art	575
III. Anspruch schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Arbeitnehmer auf stufenweise Wiedereingliederung nach § 164 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 SGB IX	576
1. Anspruchsvoraussetzungen	576
2. Schadensersatzanspruch bei Verletzung von Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	577
3. Darlegungs- und Beweislast	577
§ 28. Arbeitsunfähigkeit in besonderen Beschäftigungsverhältnissen	578
A. Übersicht	578
B. Berufsausbildungsverhältnis	587
I. Regelungen zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	587
II. Prüfungswesen	588
C. Befristetes Arbeitsverhältnis	588
D. Teilzeit und geringfügige Beschäftigung	589
E. Arbeitnehmerüberlassung	590
F. Beschäftigte im öffentlichen Dienst (TVöD/TV-L)	591
I. Allgemeines	591
II. Regelungen in den Allgemeinen Teilen der Tarifverträge	592
G. Altersteilzeit	592
H. Exkurs: Entgeltfortzahlung in Sondersituationen	593
I. Infektionsschutz	593
II. Geflüchtete Menschen	595
§ 29. Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche bei Krankheit	597
A. Übersicht	598
B. Krankenbehandlung durch die gesetzliche Krankenversicherung	598
I. Einleitung	598
II. Der Versicherungsfall „Krankheit“	599
III. Formen der Krankenbehandlung	600
C. Krankenbehandlung durch die gesetzliche Unfallversicherung	600
I. Einleitung	600
II. Der Versicherungsfall „Arbeitsunfall“ oder „Berufskrankheit“	600
1. Einleitung	600
2. Der Arbeitsunfall	601
3. Die Berufskrankheit	603
4. Formen der Krankenbehandlung	606
5. Besonderheiten der Krankenbehandlung in der gesetzlichen Unfallversicherung	606
6. Prävention	607
7. Pflichten des Unternehmers	608

D. Rehabilitation	608
I. Einleitung	608
II. Die Rehabilitationsträger	609
III. Einleitung des Rehabilitationsverfahrens	611
IV. Medizinische Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	611
1. Zielsetzungen	611
2. Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation	611
3. Formen der medizinischen Rehabilitation	614
4. Formen der beruflichen Rehabilitation	616
E. Lohnersatzleistungen bei Krankheit	617
I. Bei Krankheit	617
1. Einleitung	617
2. Arbeitsunfähigkeit	617
3. Stationäre Behandlung	618
4. Höhe des Krankengelds	618
5. Dauer der Krankengeldzahlung	619
6. Krankengeld und Entgeltfortzahlung	619
7. Krankengeld und weiter?	620
8. Stufenweise Wiedereingliederung bei Krankheit	621
9. Rente und Krankengeld	622
II. Bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	622
1. Einleitung	622
2. Arbeitsunfähigkeit aufgrund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit	622
3. Höhe des Verletztengelds	622
4. Dauer der Verletztengeldzahlung	623
III. Im Rahmen der Rehabilitation	623
1. Einleitung	623
2. Übergangsgeld	624
3. Ausbildungsgeld	625
F. Rentenleistungen	626
I. Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung	626
1. Rentenarten	626
2. Dauer der Rente	629
3. Rentenhöhe und Hinzuverdienstmöglichkeiten	630
II. Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung – Verletztenrente ...	631
1. Voraussetzungen	631
2. Dauer der Verletztenrente	631
3. Höhe der Verletztenrente	632
G. Ansprüche bei Krankheit und Pflege Dritter	632
I. Pflegezeit	632
II. Krankheit des Kindes	632
§ 30. Arbeitsunfähigkeit und Datenschutz	634
A. Einführung: Datenschutz im Arbeitsverhältnis	634
I. Ausgangspunkt	634
II. Individualrechtliche Einwilligung	634
III. Kollektivrechtliche Einwilligung	635
IV. Gesetzliche Ermächtigung (§ 26 BDSG)	635
B. Arbeitsunfähigkeit und Datenschutz	635
I. Information über und Feststellung der Arbeitsunfähigkeit	635
II. Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	637

Inhaltsverzeichnis

III. Verwertung der zur Arbeitsunfähigkeit erhobenen Daten	639
IV. Datenschutzrechtliche Grenzen der Nachprüfung der Arbeitsunfähigkeit	640
1. Gutachterliche Stellungnahme durch den Medizinischen Dienst ..	640
2. Der Einsatz von Privatdetektiven	641
§ 31. Aufgaben, Beteiligungsrechte der Betriebs-/Personalräte im Krankheitsfall	643
A. Allgemeines	643
B. Fragerecht und Informationserfassung	644
I. Fragerecht	644
II. Informationserfassung	644
C. Krankengespräche	645
D. Anzeige- und Nachweis-/Feststellungspflichten	646
E. Betriebliche Gesundheitsförderung	647
 Kapitel 5. Krankheitsbedingte Kündigung	
§ 32. Ordentliche krankheitsbedingte Kündigung	649
A. Unterfall der personenbedingten Kündigung	650
B. Die einzelnen Fallgestaltungen	651
I. Fallgruppen	651
II. Dreistufiger Prüfungsaufbau	651
III. Prüfungskriterien	652
1. Dreistufiger Prüfungsaufbau	652
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Mildere Mittel etc	652
3. Betriebliches Eingliederungsmanagement	653
4. Darlegungs- und Beweislast	653
C. Kündigung wegen häufiger Kurzerkrankungen	654
I. Dreistufige Prüfung	654
II. Die einzelnen Prüfungsschritte	655
1. Negative Gesundheitsprognose	655
2. Erhebliche Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen	658
3. Interessenabwägung	661
D. Kündigung wegen Langzeiterkrankung	665
I. Soziale Rechtfertigung	665
II. Dreistufiger Prüfungsaufbau	665
1. Negative Prognose	665
2. Erhebliche Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen	667
3. Interessenabwägung	667
E. Kündigung wegen dauernder Arbeitsunfähigkeit	668
I. Unterscheidung	668
II. Dreistufiger Prüfungsaufbau	668
III. Feststehende dauernde Leistungsunfähigkeit	668
IV. Völlige Ungewissheit der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit	669
F. Kündigung wegen krankheitsbedingter Leistungsminderung	670
I. Negative Gesundheitsprognose	670
II. Erhebliche Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen	670
III. Interessenabwägung	671
G. Krankheitsbedingte Änderungskündigung	671
H. Besondere Einzelfälle	671
I. Alkohol/Drogen/Sucht	671
1. Alkoholbedingte Kündigung	671
2. Außerdienstlicher Alkoholkonsum	672

3. Alkoholsucht/-konsum im Betrieb	672
4. Pflichtverletzungen in alkoholisiertem Zustand	676
5. Sog. Alkoholikervergleich	677
6. Betriebsvereinbarungen	677
II. Low-Performer	678
1. Schlecht-, Minder- und Nichtleistung	678
2. Personen- oder verhaltensbedingter Kündigungsgrund	678
3. Krankheitsbedingte Minderleistung	680
§ 33. Außerordentliche Kündigung	681
A. Einleitung	681
B. Wichtiger Grund	681
I. Wichtiger Grund „an sich“	681
II. Verhältnismäßigkeit	682
III. Abmahnung	682
IV. Interessenabwägung	683
C. Krankheitsbedingte außerordentliche Kündigung ordentlich unkündbarer Beschäftigter	683
I. Ausschluss der ordentlichen Kündigung	683
II. „Wichtiger Grund“ bei ordentlicher Unkündbarkeit	684
III. „Interessenabwägung“ bei ordentlicher Unkündbarkeit	684
IV. Notwendige Auslaufzeit	685
D. Typische Verhaltensbedingte Kündigungsgründe im Zusammenhang mit Krankheit	685
I. Drohung mit Arbeitsunfähigkeit	685
II. Vortäuschen von Arbeitsunfähigkeit	686
III. Verstöße gegen die Meldepflichten (§ 5 Abs. 1 EFZG)	686
IV. Genesungswidriges Verhalten	687
V. Suchterkrankungen des Arbeitnehmers	687
E. Ausschlussfrist (§ 626 Abs. 2 BGB)	688
I. Beginn der Frist	688
II. Hemmung der Frist	689
1. Beteiligung des Betriebs- oder Personalrats	689
2. Zulässigkeitserklärung nach § 17 Abs. 2 MuSchG, § 18 Abs. 1 BEEG und § 5 Abs. 2 PflegeZG	689
3. Zustimmungserfordernis nach §§ 168, 174 SGB IX	689
F. Außerordentliche Änderungskündigung	690
G. Checkliste: Außerordentliche Kündigung	690
§ 34. Besonderer Kündigungsschutz	691
A. Überblick über den besonderen Kündigungsschutz	691
B. Schwangere und Mütter	694
I. Einführung	694
II. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	694
1. Allgemeine Voraussetzungen	694
2. Schwangerschaft und Entbindung	695
3. Kenntnis des Arbeitgebers	696
III. Folgen des Kündigungsschutzes	697
1. Grundsatz: Kündigungsverbot	697
2. Ausnahme: Zulässigkeitserklärung (§ 17 Abs. 2 MuSchG)	697
3. Andere Beendigungstatbestände	699
C. Schwerbehinderte Menschen	699
I. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	699
1. Personengruppe	699

Inhaltsverzeichnis

2. Schwerbehinderung	700
3. Schwerbehinderten Menschen gleichgestellte Personen	700
4. Wartezeit	701
5. Kenntnis des Arbeitgebers	701
6. Nachweis der Schwerbehinderung	702
7. Ausnahme: Besonderheiten des Arbeitsplatzes	703
8. Ausnahme: Kündigung nach dem 58. Lebensjahr	703
9. Ausnahme: Entlassung aus Witterungsgründen	703
II. Folgen des Kündigungsschutzes	704
1. Zustimmungserfordernis (§§ 168, 174 SGB IX)	704
2. Mindestkündigungsfrist (§ 169 SGB IX)	706
3. Andere Beendigungstatbestände (§ 175 SGB IX)	706
III. Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	706
D. Pflegepersonen	707
I. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	707
1. Geltungsbereich	707
2. Geschützter Personenkreis	707
3. Pflegezeit	707
4. Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	709
5. Dauer des Kündigungsschutzes	710
II. Folgen des Kündigungsschutzes	711
1. Grundsatz: Kündigungsverbot	711
2. Ausnahme: Zulässigkeitsklärung (§ 5 Abs. 2 PflegeZG)	711
3. Rechtsmissbrauch (§ 242 BGB)	712
4. Andere Beendigungstatbestände	712
E. Checkliste: Sonderkündigungsschutz	712
§ 35. Anhörung des Betriebs-/Personalrats	715
A. Ordnungsgemäße Anhörung	715
B. Gesetzliche Regelungen	715
I. Anhörung des Betriebsrats gem. § 102 BetrVG (Mitbestimmung bei Kündigungen)	715
II. Mitwirkung des Personalrats bei Kündigungen gem. § 79 BPersVG ..	716
C. Grundsätze der Betriebsratsanhörung gem. § 102 BetrVG	717
D. Anhörung vor der krankheitsbedingten Kündigung	718
E. Formulare/Handlungsempfehlungen	720
I. Anhörung des Betriebsrats zur ordentlichen Kündigung	721
II. Stellungnahme des Betriebsrats zur ordentlichen Kündigung	722
III. Abschließende Stellungnahme des Betriebsrats	722
§ 36. Kündigungsschutzprozess	724
A. Funktion des Kündigungsschutzprozesses	725
I. Verfahrensrechtliche Umsetzung des materiellen Rechts	725
II. Klärung einer privatrechtlichen Streitigkeit	725
B. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	726
I. Ordentliche Kündigung	726
1. § 1 KSchG	726
2. Unwirksamkeit einer ordentlichen Kündigung außerhalb des Anwendungsbereichs von § 1 KSchG	729
II. Außerordentliche Kündigung	729
III. Besonderer Kündigungsschutz	730
C. Gang des Verfahrens	730
I. Verfahren vor dem Arbeitsgericht	730
II. Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht	732

III. Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht	733
IV. Güterichterverfahren	734
D. Darlegungs- und Beweislast für die Kündigungsgründe	735
I. Ordentliche Kündigung	736
1. Regelmäßige Verteilung der Darlegungs- und Beweislast für die Kündigungsgründe	736
2. Kündigungen wegen häufiger Kurzerkrankungen	736
3. Kündigung wegen Wegfalls der Leistungsfähigkeit	740
4. Kündigung wegen Minderung der Leistungsfähigkeit	741
5. Kündigung wegen langanhaltender Erkrankung	741
6. Sonderfall Änderungskündigung	742
II. Darlegungs- und Beweislast für Betriebsratsanhörung oder Personalratsbeteiligung	744
III. Außerordentliche Kündigung	744
IV. Treuwidrige Kündigung	745
E. Beweisverfahren bei krankheitsbedingter Kündigung	745
I. Voraussetzungen einer Beweisaufnahme	745
II. Mögliche Beweismittel	746
F. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt für die gerichtliche Entscheidung ..	747
I. Grundsatz: Ausspruch der Kündigung	747
II. Nachschieben von Kündigungsgründen	747
G. Entscheidung im arbeitsgerichtlichen Verfahren	748
I. Urteil über den Kündigungsschutzantrag	748
II. Wiedereinstellungsanspruch	748
§ 37. Exkurs: Aufhebungsvertrag	749
A. Überblick	749
I. Einleitung	749
II. Rechtsgrundlagen	749
III. Schriftform	750
IV. Abwicklungsvertrag	750
V. Prozessvergleich	751
VI. Beteiligung des Betriebs- oder Personalrats	751
VII. Hinweispflichten des Arbeitgebers	751
VIII. Anfechtbarkeit durch den Arbeitnehmer	752
IX. Gebot des fairen Handelns	753
B. Mögliche Inhalte	754
I. Beendigung und Beendigungsgrund	754
II. Freistellung und Urlaub	755
III. Abfindung	755
IV. Zeugnis	757
V. Arbeitspapiere	757
VI. Betriebliche Altersversorgung	757
VII. Wettbewerbsverbot	758
VIII. Ausgleichsklausel	758
IX. Salvatorische Klausel	759
C. Checkliste: Aufhebungsvertrag	759
Sachverzeichnis	761